



Dieter Hundt, 71:
„Mein Gehalt war immer
angemessen.“

„Was flüstern Sie der Politik, Herr Hundt?“

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände | Deutschlands einflussreichster Wirtschaftslobbyist, BDA-Präsident Dieter Hundt, über drohende Firmenpleiten und Kürzungen im Sozialsystem

€uro: Herr Hundt, Ihre Forderungen decken sich mit vielen Positionen der FDP. Wo haben Sie gefeiert, als am 27. September klar wurde, dass die Partei künftig im Bund mitregiert?

Dieter Hundt: Ich hatte ausnahmsweise ein freies Wochenende, das wir mit Freunden im Burgund verbrachten. Das Wahlergebnis an sich war für mich aber noch kein Grund zum Feiern. Entscheidend ist schließlich, was bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP herauskommt.

€uro: Die sollen bis Ende Oktober beendet sein. Welche Ergebnisse erhoffen Sie sich?

Hundt: Vor allem, dass die beiden Parteien ausreichende Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung und Korrekturen bei der heute krisenverschärfenden Unternehmensbesteuerung vereinbaren, die Tarifautonomie gesetzlich absichern sowie ein Belastungsmoratorium für Wirtschaft und Arbeit erlassen. Ansonsten würde die zurzeit noch sehr zarte Konjunkturerholung womöglich abgewürgt. Auch das Erbschaftsteuergesetz muss krisenbedingt korrigiert werden.

€uro: Ein Kostenmoratorium für die Wirtschaft? Wie sollen die milliardenschweren Krisenkosten bezahlt werden, wenn nicht auch durch höhere Unternehmensteuern?

Hundt: Höhere Steuern lähmen Wachstum und Beschäftigung. Sie würden die Situation nur weiter verschlimmern. Die Politik muss dringend die Sozialversicherungssysteme durchforsten und verändern. Es gibt etwa im Gesundheitswesen viel Sparpotenzial, wenn der Staat mehr Wettbewerb zuließe. Übrigens steigen die Steuerzahlungen der Wirtschaft im Konjunkturaufschwung wieder.

€uro: Die BDA fordert auch die Wiedereinführung von Verlustrückträgen. Danach könnten heute defizitäre Unternehmen ihre Verluste mit den Gewinnen vergangener Jahre verrechnen. Das würde bedeuten, dass der Fiskus den Firmen mit Steuergeld gedeckte Schecks ausstellt. Warum sollen die privaten Steuerzahler für deren Verluste aufkommen?

Hundt: Auch diese Anti-Krisen-Maßnahme hilft Unternehmen, die in den Vorjahren ihre Gewinne versteuert haben und nun vorübergehend in die Verlustzone geraten sind – und sichert Arbeitsplätze. Das ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Diese Maßnahme sollte allerdings befristet werden.

€uro: Zurzeit warten hierzulande etwa 1,4 Millionen Kurzarbeiter darauf, dass ihre Firmen wieder Arbeit für sie haben. Rechnen Sie mit einer Entlassungswelle?

Hundt: Nein. Ich gehe zwar davon aus, dass die Arbeitslosigkeit steigen wird – aber nicht so dramatisch, wie es noch vor Monaten befürchtet wurde.

€uro: Sie warnen seit Monaten vor einer Kreditklemme. Die Banken halten das für übertrieben und bezichtigen die Unternehmen, sich selbstverschuldet um ihre Kreditancen zu bringen, weil sie die Finanzinstitute unvollständig oder gar falsch über ihre Geschäftslage informieren. Was ist da dran?

Hundt: Für Unternehmen in besonders hart von der Krise getroffenen Branchen wird es immer schwerer, ihre Finanzierung sicherzustellen. Das hat mit zunehmender Bürokratie, mehr Offenlegungspflichten interner Daten und erhöhten Kreditkosten zu tun. Zudem wird ihr Kapitalbedarf in den kommenden →



„Die Politik muss die Sozialsysteme dringend nach Sparpotenzial durchforsten.“
Dieter Hundt im Gespräch mit €uro-Redakteur Mario Müller-Dofel



Die Diskussion um Managergehälter und Boni wird sehr populistisch geführt und geht an den wirklichen Problemen vorbei.“

→ Monaten zunehmen, während sich Bonitäten und Ratings der Firmen im Schnitt verschlechtern. Folglich müssen die Banken die Kredite mit mehr Eigenkapital unterlegen. Da dieses knapper wird, droht eine Kreditklemme. Dieses Szenario ist nicht übertrieben.

€uro: Was sagen Sie vor diesem Hintergrund dazu, dass die G-20-Staaten die Eigenkapitalhinterlegung ihrer Banken erhöhen wollen?

Hundt: Ich begrüße den Plan als langfristiges Ziel. Aber mich beunruhigt, dass die Banken sich jetzt schon darauf vorbereiten wollen. Das hemmt die Kreditvergabe zusätzlich.

€uro: Ist es nicht normal, dass Banken in Krisenzeiten vorsichtiger Geld verleihen?

Hundt: Was wir seit Herbst 2008 erleben, ist keine normale Konjunkturkrise. Deshalb plädiere ich dafür, dass für Unternehmen, die vor der Krise erfolgreich waren und die jetzt unverschuldet Probleme haben, die Kreditbedingungen gelockert werden. Die müssen von den Banken anders bewertet werden als Firmen, die schon vor der Krise in Schwierigkeiten waren. Ansonsten wird es zu unnötigen Pleiten mit eigentlich vermeidbaren Arbeitsplatzverlusten kommen.

€uro: Sie sind jemand, der ständig plädiert, warnt und mahnt. Fühlen Sie sich von den Regierungspolitikern immer verstanden?

Hundt: In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Politik auf die BDA als Spitzenverband der deutschen Wirtschaft gehört. Wir konnten viele Entscheidungen – vor allem die Erleichterung der Durchführung von Kurzarbeit – maßgeblich beeinflussen. Vor dieser Krise war das nicht immer so. Sonst hätte die Große Koalition die richtigen Reformen der Agenda 2010 nicht so stark zurückgedreht.

€uro: Wenn sich der Staat an Unternehmen

beteiligt und auch die Kreditinstitute in Ihrem Sinne beeinflusst: Werden dann Pleiten von nicht überlebensfähigen Firmen lediglich aufgeschoben?

Hundt: Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung dürfen erforderliche Strukturveränderungen in der Wirtschaft nicht behindern. Deshalb stellt sich die BDA ja auch nicht schützend vor Unternehmen, die schon vor der Finanzkrise Schwierigkeiten hatten.

€uro: Im Juli regten Sie öffentlich Lohnsenkungen an. Gewerkschafter nennen das „zynisch“, weil die Reallöhne in Deutschland schon von 2000 bis 2008 per Saldo um 0,8 Prozent gesunken sind.

Hundt: Dieser statistische Durchschnittswert spiegelt den Trend in bedeutenden Branchen nicht korrekt wider. So sind die Reallöhne in der Metall- und Elektroindustrie, einer der wichtigsten Industriebereiche in Deutschland, aber auch in der Chemie- und in der Stahlbranche in den letzten Jahren gestiegen.

€uro: Und wie könnte eine Lohnsenkung aus Ihrer Sicht funktionieren?

Hundt: Um eines klarzustellen: Mir geht es vor allem um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine tarifliche Lohnsenkung wird es in Deutschland wahrscheinlich nicht geben. Es darf aber kein Tabu sein, zum Beispiel kostentreibende tarifliche Zusatzleistungen zu prüfen, um Arbeitsplätze zu sichern: etwa das Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld, die Urlaubsdauer über den gesetzlichen Urlaub hinaus und so weiter.

€uro: Sollten diese Lohnzusätze dauerhaft oder nur befristet reduziert werden?

Hundt: Ich rede nicht von „reduzieren“, sondern von einer vorbehaltlosen Prüfung,



wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu sichern.

€uro: Und wie soll das Ergebnis lauten?

Hundt: Das müssen die Tarifparteien und die Betriebspartner unter sich ausmachen. Fakt ist, dass heute schon viele Zusatzleistungen auf betrieblicher Ebene reduziert werden – mit Zustimmung der Gewerkschaften.

€uro: Zurzeit wird auch viel über Managergehälter und Banker-Boni diskutiert. Halten Sie hier gesetzliche Obergrenzen für nötig?

Hundt: Diese Diskussion wird sehr populistisch geführt und geht an den wirklichen Problemen vorbei. Gehälter und Boni müssen weiter von den Firmeneignern festgelegt werden – und nicht vom Staat. Die Vergütungen sollten sich aber an langfristigen und nachhaltigen Unternehmensentwicklungen orientieren, sodass Anreize für unverantwortliche Handlungsweisen entfallen.

€uro: Ganz ehrlich: Sind vier, fünf und mehr Millionen Euro Jahreseinkommen für einen DAX-Chef wirklich gerechtfertigt?

Hundt: Das kann ich nicht pauschal beantworten. Es kommt darauf an, wie erfolgreich er sein Unternehmen führt. Es ärgert mich allerdings sehr, dass das exzessive Verhalten einer Handvoll Manager, die gegen Ethik und Moral der Unternehmensführung verstoßen, in der öffentlichen Darstellung verallgemeinert wird. In Deutschland gibt es Hunderttausende Unternehmer, die sich einwandfrei verhalten, die mit ihrem Vermögen für ihre Firmen geradestehen und deren wichtigstes Anliegen Unternehmenserfolg und die Sicherung der Arbeitsplätze ist.

€uro: Hat diese „Handvoll“ auch Namen?

Hundt: Die nenne ich nicht in der Öffentlichkeit.

€uro: Sie waren 32 Jahre lang Geschäftsführer des schwäbischen Autozulieferers Allgaier, der Ihnen zur Hälfte gehört und dessen Aufsichtsratschef Sie seit 2008 sind. Wie hoch war Ihr höchstes Jahresgehalt?

Hundt: Unter meiner Verantwortung hat sich die Allgaier-Gruppe fantastisch entwickelt: Wir haben den Jahresumsatz seit 1975 von 25 Millionen Euro auf 270 Millionen mehr als verzehnfacht und die Mitarbeiterzahl auf über 2000 verdreifacht. Angesichts dieser Leistung war mein Gehalt immer angemessen.

€uro: Wie hoch war das höchste im Jahr?

Hundt: Meine Gehälter sind immer unter einer Million Euro geblieben.

€uro: Nach 13 Jahren als BDA-Präsident werden Sie im November nochmals für dieses Amt kandidieren. Was treibt Sie im reifen Alter von 71 Jahren dazu?

Hundt: Ursprünglich war die Kandidatur nicht in meiner Lebensplanung vorgesehen. Aber nun will ich angesichts der Wirtschaftskrise und der politischen Veränderungen Kontinuität in der BDA sicherstellen. Das ist der Wunsch unserer Mitglieder.

€uro: Was hatten Sie ursprünglich geplant?

Hundt: Etwas mehr Zeit fürs Private. In meiner Funktion bin ich sehr viel unterwegs, kann aber die Orte, in die ich komme, kaum genießen. Allein in Berlin war ich in den vergangenen zehn Jahren mehr als 700 Mal. Aber außer den Flughäfen, einigen Hotels, der BDA-Zentrale und dem Regierungsviertel habe ich nicht viel gesehen.

€uro: Vielen Dank für das Gespräch.

Das vollständige Interview lesen Sie im Internet unter www.finanzen.net.

Dieter Hundt, geboren am 30. September 1938 in Esslingen/Neckar, hat Maschinenbau studiert. Ab 1964 war er Manager bei AEG Telefunken (später Kraftwerke Union) in Frankfurt. Im Jahr 1975 wurde er geschäftsführender Gesellschafter beim schwäbischen Autozulieferer Allgaier, dessen Aufsichtsratschef er seit 2008 ist. Bereits seit den 1980er-Jahren engagierte sich Hundt in Wirtschaftsverbänden. 1996 stieg er zum Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf. In dieser Funktion ist er Mitglied zahlreicher Tariflohn Ausschüsse und Beratungsgremien der Bundesregierung. 2007 erhielt der heute 71-Jährige das Bundesverdienstkreuz.